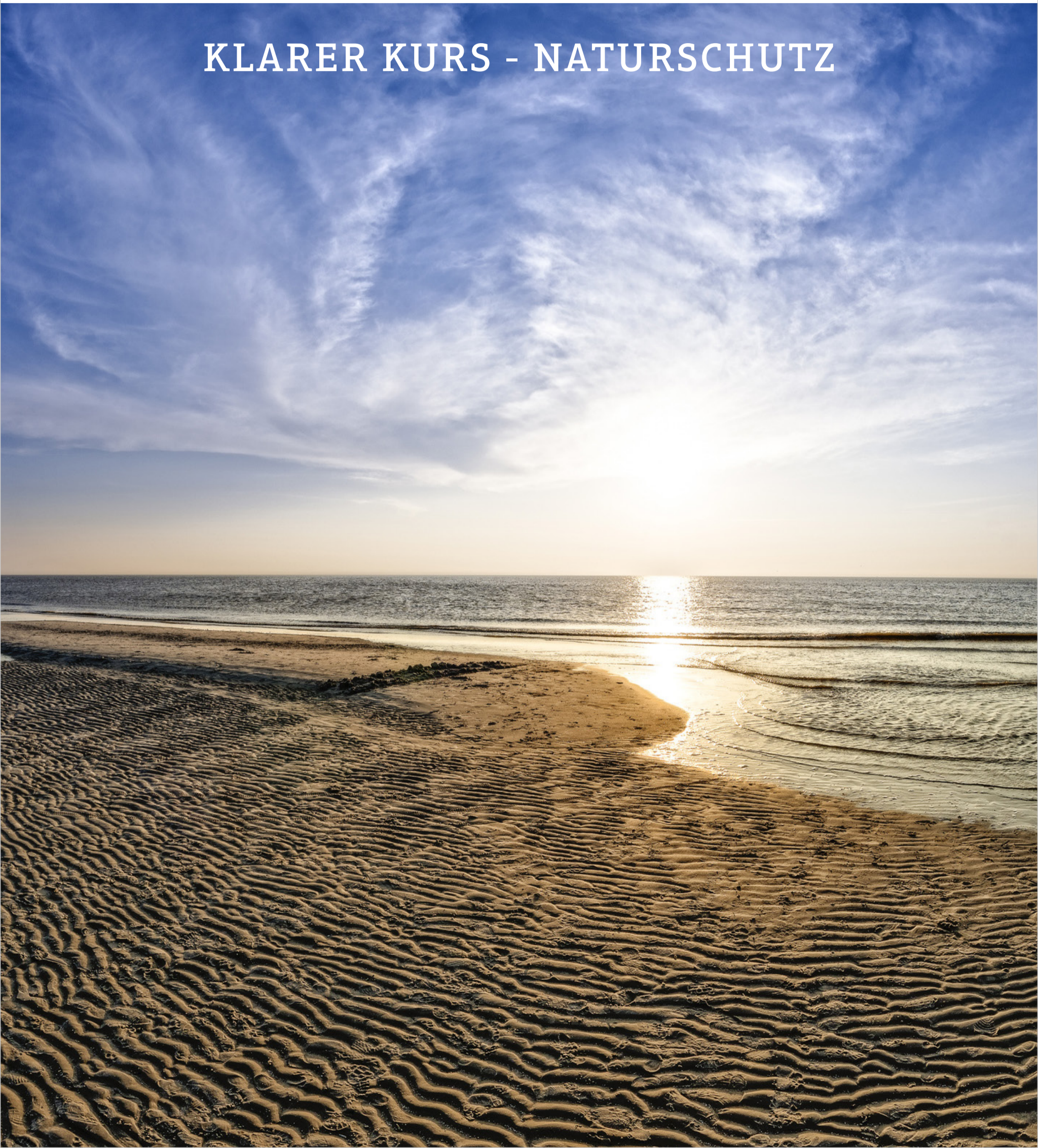


# DNT JOURNAL 2019

KLARER KURS - NATURSCHUTZ



Die vorliegende Online-Veröffentlichung „DNT-Journal“ gibt diejenigen Referate und Ergebnisse des 34. Deutschen Naturschutztages vom 25.-29. September 2018 in Kiel wider, die über das Motto-Thema „Klarer Kurs - Naturschutz: Naturschutz im Meer, Meere und ihre Nutzungen, internationaler Küsten-, Meeres- und Klimaschutz“ hinausgehen. Diese thematisieren u.a. „Grünlandwirtschaft“, „Gebiets- und Artenschutz“, „Naturschutz und aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen“, „Planungspraxis und Stadtnatur“ sowie „Ökonomische Fragen und Naturschutzrechtsfragen“.

Die Beiträge, welche sich inhaltlich mit den Kieler Motto auseinandersetzen, sind im Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege Bd. 62 in einer Printausgabe zusammengefasst.

Dieses kann beim BBN e.V., Paul-Kemp-Str. 5, 53173 Bonn bestellt werden.

Die Beiträge, welche sich inhaltlich mit den Motto auseinandersetzen, sind im Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege Bd. 62 zusammengefasst. [Dieses kann beim BBN bestellt werden.](#)

Sowohl die Veranstaltung als auch die beiden Tagungsveröffentlichungen wurden dankenswerterweise aus Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) sowie des 2018 gastgebenden Bundeslandes Schleswig-Holstein mit seinem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung gefördert.

**ISBN 978-3-9815431-8-6**

©BBN 2019

Herausgegeben vom  
Bundesverband Beruflicher Naturschutz e. V. (BBN)  
Paul-Kemp-Straße 5 – D-53173 Bonn  
E-Mail: [mail@bbn-online.de](mailto:mail@bbn-online.de)  
[www.bbn-online.de](http://www.bbn-online.de)

*Diese digitale Veröffentlichung ist für die Anzeige am Bildschirm, insbesondere für Tablets optimiert.  
Für die einzelnen Beiträge sind allein die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Sollte bei einer der verwendeten Abbildungen ein Problem hinsichtlich der Rechtebeanspruchung auffallen, bitten wir um Kontaktaufnahme mit der BBN-Geschäftsstelle.*

*Bildnachweis Titelbild: ©fotolia, reichdernatur – Die Nordsee - Wattenmeer - Norddeutsche Küste*

## **Gegen Marginalisierung und Verstummen. Zur Zukunft der Landschaftsplanung unter sich ver- ändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen**

---

**Stefan Heiland**

Der Beitrag plädiert dafür, die Landschaftsplanung nicht als selbstverständlich gegeben zu betrachten, sondern sich verstärkt um die Bewahrung ihrer gesellschaftlichen Voraussetzungen zu bemühen. Hierzu werden drei Thesen zur Diskussion gestellt, die sich weitgehend auch auf den Naturschutz insgesamt beziehen lassen:

- Die Landschaftsplanung muss sich zum „Problemlöser“ entwickeln.
- Landschaftsplanung kann nur in einer freien Gesellschaft gedeihen und erfolgreich sein.
- Die Landschaftsplanung muss sich verstärkt mit möglichen Folgen der Digitalisierung auseinandersetzen.

Kommt das Gespräch auf die Zukunft und Fortentwicklung der Landschaftsplanung, so werden in der Regel Themen genannt wie das Verhältnis zur gesamträumlichen Planung, die Integration von Ökosystemleistungen und des Konzepts Grüner Infrastruktur, die Standardisierung von Inhalten und Planzeichen, die Schaffung von Akzeptanz oder die Landschaftsplanung im städtischen Raum. Selbstverständlich ist es richtig und notwendig, sich mit Themen wie diesen auseinanderzusetzen. Sie spiegeln den fachdisziplinären Blick „von innen“ auf die Landschaftsplanung wider. Wenn wir aber über deren Zukunft sprechen, reicht diese Innenperspektive allein nicht aus. Denn die Zukunft der Landschaftsplanung wird keineswegs nur durch sie selbst bzw. ihre Akteur\*innen bestimmt, sondern mindestens ebenso stark durch ihre gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, also durch übergeordnete soziale, ökonomische, technologische und politische Entwicklungen.

Dieser Beitrag möchte einen Blick auf einige dieser, sich verändernden, Rahmenbedingungen und deren Konsequenzen für die Landschaftsplanung werfen und dadurch weitere Überlegungen darüber anstoßen, ob und wie dies in der Disziplin Landschaftsplanung berücksichtigt werden kann oder gar muss. Vorauszuschicken ist, dass sich allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen der Steuerung durch die Landschaftsplanung stärker entziehen als die Aspekte, die gemeinhin aus der Innensicht diskutiert

werden. Der Zugriff der Landschaftsplanung bzw. der Landschaftsplaner\*innen auf diese Entwicklungen kann daher nur als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Prozesses geschehen. Planer\*innen sind hier deshalb nicht nur als solche, sondern auch als Bürger\*innen und „homo politicus“ gefragt.

Im Folgenden stelle ich hierzu drei Thesen vor, die bewusst als solche bezeichnet sind. Denn dieser Beitrag ist die schriftliche Form eines „Impulsreferats“ im Rahmen des Deutschen Naturschutztags 2018. Impulse sollen weniger gesicherte wissenschaftliche oder planungspraktische Erkenntnisse darlegen, sondern die Diskussion anregen, mithin bisher wenig beachtete Facetten beleuchten, neue Aspekte in die Diskussion einbringen, die Leser\*innen im günstigsten Fall überraschen und auch provozieren und zum Widerspruch herausfordern. In diesem Sinne ist dieser Beitrag nicht „wissenschaftlich“ im engeren Sinne, sondern subjektiv und meinungsbehaftet, wenngleich nicht völlig losgelöst von der wissenschaftlichen Arbeit des Verfassers. Die Thesen treffen im Übrigen i. d. R. auch auf den Naturschutz insgesamt zu, ohne dass ich dies immer erwähne.

### **These 1: Die Landschaftsplanung muss sich zum „Problemlöser“ entwickeln, will sie nicht gesellschaftlich und politisch marginalisiert werden.**

In Politik und Gesellschaft ist derzeit auf allen Ebenen eine Entwicklung zu beobachten, die zunehmend, wenn auch keineswegs ausschließlich, geprägt ist von Egoismen und Individualisierung, Intoleranz, verbaler und physischer Gewalt, gegenseitigem Unverständnis, mangelnder Diskussionskultur, Populismen, Vereinfachungen, dem Rückzug demokratischer Werte und Überzeugungen, einem Primat des Ökonomischen bei gleichzeitigem Verlust politischer Handlungsmöglichkeiten sowie einer zunehmenden Schere des Einkommens, die zwangsläufig zu sozialen Spannungen führen muss.

Das sind einerseits reale Entwicklungen, andererseits können ihr Ausmaß und ihre Bedeutung über herkömmliche und (so genannte) soziale Medien erheblich verstärkt werden und hierdurch die veröffentlichte Meinung prägen. Das hat Auswirkungen auf die gesellschaftliche Wahrnehmung und Bedeutung von Themen und Problemen. Wesentliche Zukunftsfragen, mit denen sich auch die Landschaftsplanung befasst, wie die Bewältigung der Folgen des Klimawandels, der Verlust biologischer Vielfalt oder fruchtbarer Böden, geraten dadurch nämlich zunehmend aus dem Blickfeld (Nachtrag Mai 2019: eine Aussage, die sich durch die

Fridaysforfuture-Bewegung mittlerweile etwas relativiert, wobei abzuwarten bleibt, wie sich diese Bewegung mittel- und langfristig entwickelt). Darauf hat der Zukunftsforscher Matthias Horx in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung hingewiesen und empfohlen, damit aufzuhören „jeder Erregungskonjunktur, jedem Shitstorm, jeder blöden Provokation hinterherzurennen“ und mit mehr „aufgeklärter Ignoranz“ zu reagieren (Süddeutsche Zeitung online 2018). Das ist eine hilfreiche Überlegung. Dennoch – nicht alles lässt sich damit lösen. Ein ganz banales Beispiel: Die Suche nach Kommunen als Praxispartner für Forschungsvorhaben war Ende 2015 fast aussichtslos. Begründung: Die Verwaltungen waren vollkommen damit beschäftigt, die Unterbringung und Versorgung der gerade angekommenen geflüchteten Menschen sicherzustellen und bereits froh, daneben noch ihre Pflichtaufgaben erfüllen zu können. Alles was darüber hinausging war kapazitär schlicht nicht möglich, Verwaltungsspitzen sowie Gemeinde bzw. Stadträte waren dafür nicht zu gewinnen.

Allgemeiner ausgedrückt: Landschaftsplanung und Naturschutz stehen im Wettbewerb um Aufmerksamkeit, Ressourcen, Interesse und Engagement mit einer Vielzahl anderer Themen und Fragen, die die Menschen und damit auch die Politik bewegen und i.d.R. derzeit und wahrscheinlich auch zukünftig deutlich stärker in den Vordergrund treten – oder getreten werden – als die Belange des Naturschutzes und der Landschaftsplanung. Dadurch verlieren sie an gesellschaftlicher und politischer Bedeutung, die Verwirklichung ihrer Ziele wird dementsprechend schwieriger.

Die Frage, mit denen sich Landschaftsplaner\*innen auf allen Ebenen auseinandersetzen müssen, ist daher: Wie kann die Landschaftsplanung als Instrument inhaltlich und prozessual so gestaltet werden, dass sie einen spürbaren Mehrwert für die Gesellschaft bereitstellt, indem sie zur Lösung von Problemen und zur Erhaltung oder Verbesserung der Lebensqualität von Menschen beiträgt. Dieser Wert muss klar sichtbar werden. Dafür reicht es nicht aus, den bereits bestehenden Wert bzw. gesellschaftlichen Nutzen der Landschaftsplanung, den sie zweifelsohne hat, nur möglichst klug und geschickt zu kommunizieren, in der Hoffnung hierdurch Akzeptanz zu erzielen. Vielmehr ist zu fragen: Welche Themen beschäftigen die Menschen und welche werden sie möglicherweise künftig beschäftigen? Wie kann man mit Hilfe der Landschaftsplanung darauf reagieren, welche Lösungsansätze kann sie beitragen? Entsprechende Anknüpfungspunkte könnten gesundheitliche Fragen und Ernährung oder der Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels sein.

Nur wenn es gelingt, die Landschaftsplanung (und den Naturschutz insgesamt) als Ansätze und Instrumente weiter zu entwickeln, die einen sichtbaren Beitrag zur Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme leisten können, sind sie vor gesellschaftlicher Marginalisierung gefeit.

### These 2: Landschaftsplanung kann nur in einer freien Gesellschaft gedeihen und erfolgreich sein. Diese ist derzeit aber Bedrohungen ausgesetzt.

Dies ist zunächst – um vereinfachend in alten politischen Kategorien zu bleiben – ganz deutlich eine Entwicklung, die von politisch äußerst rechts stehenden Kräften ausgeht, was angesichts aktueller Ereignisse nicht näher begründet werden muss. Nun könnte man, und in der Geschichte des Naturschutzes wäre das leider nicht neu, die Hoffnung hegen, dass Anliegen des Umwelt und Naturschutzes und damit auch der Landschaftsplanung in Staaten mit (vermeintlich) „starken“, also populistischen oder autokratischen Regierungen leichter verwirklicht werden könnten als in Demokratien mit ihren vielen Vetopositionen und langwierigen Entscheidungsprozessen.

Die Frage ist nur: Ist das tatsächlich der Fall? Es gibt keine Belege hierfür – ganz im Gegenteil. Der massive umweltpolitische Rollback der Regierung Trump umfasst keineswegs nur den Klimaschutz, sondern alle Bereiche der Umweltpolitik einschließlich des Naturschutzes und drückt sich aus in einer massiven institutionellen, finanziellen und personellen Schwächung staatlicher Umweltbehörden, darunter auch der Nationalparkverwaltungen (siehe <https://www.altnps.org>). Auch in Polen, Ungarn, Österreich oder Italien, wo derzeit rechtspopulistische Parteien zumindest an der Regierung beteiligt sind, sind keinerlei herausragenden naturschutz- oder umweltpolitischen Aktivitäten oder gar Erfolge zu verzeichnen. In Deutschland existiert mit der AfD eine ähnliche Partei, die den menschengemachten Klimawandel für Unsinn erklärt. Was geschieht, wenn solche Kräfte weiter an Zulauf, Macht und Einfluss gewinnen, wie mit Blick auf anstehende Wahlen derzeit nicht auszuschließen ist? Welche Rolle werden Klima- und Naturschutz und die Landschaftsplanung dann noch spielen?

Wer also auf eine „ÖkoDiktatur“ hofft, tut dies vergebens. Dies ist im Übrigen in erster Linie ein Kampfbegriff und zudem ein Widerspruch in sich: Wem es um „Öko“ im Sinne einer lebenswerten Umwelt für alle Menschen und andere Lebewesen geht (und nichts anderes kann „Öko“ als normativ verwendeter Begriff meinen), muss zwangsläufig das Wohl anderer Menschen und künftiger Generationen im Auge behalten

und sich zugleich der eigenen Fehlbarkeit sowie der selben Rechte aller Menschen bewusst sein. Diktatoren, Autokraten und Populisten geht es im Kern aber immer um sich selbst und ihre Macht, nie um andere und anderes.

Ich sehe aber auch eine Bedrohung der freien Gesellschaft von Links. Auf dieser Seite ist – häufig aus zunächst durchaus ehrenwerten Motiven – zunehmend eine Selbstgerechtigkeit und Unduldsamkeit gegenüber Andersdenkenden oder sich auch nur anders ausdrückenden Menschen zu beobachten, die bis hin zum Generalverdacht der Menschenfeindlichkeit in Form irgendeines -ismus reichen kann. Dies bedeutet nicht, dass dies im konkreten Fall nicht tatsächlich so sein könnte. Nur: Oft erhält die jeweilige Person gar nicht die Möglichkeit, sich hierzu zu äußern, sondern es wird versucht, sie mit diesem Vorwurf schlicht zum Schweigen zu bringen. Auch dies erschwert oder verunmöglicht Kommunikation.

Eine freie Gesellschaft kann es aber nur geben, wenn ihre Mitglieder einerseits bereit sind, Zumutungen, die es immer geben wird und geben muss, zu ertragen, und andere Meinungen als legitim anzuerkennen, ohne das Gegenüber moralisch zu verurteilen und sozial auszugrenzen. Andererseits stellt die Würde jedes Menschen die zu achtende Grenze für die Freiheit der Meinungsäußerung und des Handelns dar. Wo die Bereitschaft, beiden Anforderungen gerecht zu werden (was einen Balanceakt darstellen kann), nicht mehr gegeben ist, ist eine angst- und herrschaftsfreie Diskussion nicht mehr möglich. Die gesellschaftliche Bereitschaft, unterschiedlichste Ideen, Optionen und Visionen zuzulassen, wird zusehends geringer. Dies dürfte die Bereitschaft zum Engagement für das Gemeinwohl, gerade auch für Umwelt- und Naturschutzfragen, aushöhlen.

Wenn nun die These zutrifft, dass die Qualität der Landschaftsplanung, ihre Akzeptanz in Bevölkerung und Politik sowie die Wahrscheinlichkeit ihrer Umsetzung steigen, wenn möglichst viele Menschen sich mit ihren Kenntnissen, Ideen und Interessen in den Planungsprozess einbringen – dann wird klar, was eine zunehmend kommunikationsunfähiger werdende Gesellschaft für die Landschaftsplanung bedeuten kann. Es besteht einerseits die Gefahr, dass die Schere im Hinterkopf stärker wird, Selbstzensur zunimmt und Menschen verstummen. Andererseits nehmen nicht belegte und belegbare Behauptungen, offene oder anonyme Menschenverachtung oder gar Hass zu – vermehrt nicht zuletzt durch die so genannten sozialen Medien (s. u.). Dies ist umso problematischer, als gerade angesichts zunehmender Unsicherheiten künftiger Entwicklungen dringend (angst)freies Denken für die Entwicklung von Lösungen der anstehenden sozialen und ökologischen Probleme unabdingbar ist.

Nun ist unsere Gesellschaft derzeit keineswegs allein von den hier skizzierten Entwicklungen bestimmt. Noch gibt es viele zivilgesellschaftliche Akteure und Menschen, die sich diesen Tendenzen entgegenstellen und sich sozial und ökologisch engagieren. Und es ist keineswegs ausgemacht, dass sich diese negativen Entwicklungen auf Dauer durchsetzen. Damit dies nicht geschieht, sollte man sie aber ernst nehmen und frühzeitig auf sie reagieren. Für die Disziplin der Landschaftsplanung ergeben sich daraus unter anderem zwei Fragen:

1. Welche Möglichkeiten und welche Verantwortung haben Landschaftsplaner\*innen und Naturschützer\*innen, sich als Bürgerinnen und Bürger, über ihr professionelles Umfeld hinaus, für eine freie demokratische Gesellschaft einzusetzen? Dies nicht zuletzt deshalb, um die Voraussetzungen ihrer eigenen Existenz zu sichern – nämlich die rechtlichen und politischen Vorgaben zu Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, Umweltprüfungen, Artenschutz, Schutzgebieten usw.. Dass deren Aufhebung keineswegs nur eine theoretische Befürchtung ist, zeigt die Entwicklung des Umwelt- und Naturschutzes unter der Regierung Trump in den USA ganz deutlich.

2. Konkreter: Wie können sich Planer\*innen in Planungsprozessen verhalten, sollte sich die wachsende „Unfähigkeit zur Kommunikation“ auch dort mehr und mehr bemerkbar machen? Wie sind sie darauf vorbereitet? Wie können Beteiligungsprozesse dann gestaltet und Räume für offene und kontroverse, aber gleichzeitig von gegenseitigem Respekt geprägte Diskussionen geschaffen werden?

### These 3: Die Landschaftsplanung muss sich verstärkt mit möglichen Folgen der Digitalisierung auseinandersetzen

Digitalisierung hat in der Landschaftsplanung bisher v.a. methodische Bedeutung, digitale ‚tools‘ werden als Handwerkszeug benutzt: GIS, digital basierte Kartierungen, Fernerkundung, Visualisierung, Beteiligung im Internet u.a.m. sind hier Schlagworte. Bisher wird allerdings vernachlässigt, dass die wesentlichen Folgen der Digitalisierung v.a. ökologischer, sozialer und politischer Art sein werden und dass wir diese Folgen in ihrer Durchschlagskraft – auch für die Landschaftsplanung – bei weitem unterschätzen – in ihren positiven ebenso wie ihren negativen Aspekten. Dazu vier für die Landschaftsplanung relevante Fragen:

1. Wie verändern digital erzeugte Wahrnehmungsmöglichkeiten, wie virtual oder augmented reality, unsere Wahrnehmung der analogen, physischen Welt? Welchen Stellenwert werden bestimmte Merkmale dieser Welt für die einzelnen Menschen, die



Gesellschaft insgesamt und die Politik noch haben? Was bedeutet es für die Landschaftsplanung, wenn – überspitzt ausgedrückt – die Menschen ihre Umwelt, und damit auch Arten, Lebensräume, Landschaften, Grünflächen, immer mehr nur noch digital vermittelt oder gar nicht mehr wahrnehmen und immer weniger im direkten Kontakt mit dieser stehen – wie jeder Blick in eine U-Bahn vermuten lässt, in der der Großteil der Fahrgäste in ihr Smartphone vertieft ist? Oder positiv gewendet: (Wie) Können künftige Landschaftsveränderungen, sei es durch Naturschutzmaßnahmen oder durch Eingriffsvorhaben, durch digitale Visualisierung bereits heute so erfahrbar gemacht werden, dass sie eine gute Basis für bessere Entscheidungen bieten – ohne ins Manipulative abzugleiten?

2. Welche Auswirkungen werden die zunehmende Verbreitung von Informationen (und Desinformationen) über die so genannten sozialen Medien und weitere digitale Nachrichtenkanäle haben? Welche Möglichkeiten der Manipulation erwachsen daraus und welche Folgen hat es für die Meinungsbildung der Menschen und gemeinsame Wissensbestände in einer Gesellschaft? Wird eine Gesellschaft aus Individuen, die in ihren jeweiligen Filterblasen und Echokammern gefangen sind, überhaupt noch in der Lage sein, gemeinsame Wissensbestände zu generieren? Und wird sie vor allem in der Lage sein, dieses Wissen konsensual zu bewerten und daraus politisch legitimierte Handlungsoptionen abzuleiten? Was geschieht, wenn sich aufgrund digital kommunizierter fake news die Auffassung durchsetzt oder durchsetzen lässt, Klimawandel, Artensterben, Bodenvernichtung und Nitratbelastungen des Grundwassers wären wahlweise nicht existent, Erfindungen feindlicher Mächte, halb so schlimm oder wir hätten sie längst im Griff? Welche Strategien benötigen Naturschutz und Landschaftsplanung, solchen Risiken zu begegnen, oder die bestehenden Möglichkeiten zu nutzen, um die eigenen Inhalte und Ziele in die gesellschaftliche Diskussion einzuspeisen?

3. Welche Auswirkungen auf eine freie Gesellschaft (siehe These 2) – und damit auf Bereitschaft und Möglichkeit, für Umwelt- und Naturschutzinteressen einzutreten – hat die zunehmende Nutzung von Plattformen wie facebook, twitter, amazon, google und anderen mehr, wenn man an die damit verbundenen Möglichkeiten der Sammlung und Weitergabe persönlicher Daten, der Überwachung, des Cybermobbings, von Shitstorms und anonymer Denunziation denkt? Welches gesellschaftliche Klima für eine offene Diskussion erzeugen diese Möglichkeiten und ihre Nutzung? Welche Unterstützung für Naturschutzanliegen ist dann noch mobilisierbar? Oder, wiederum positiv gewendet: Welche Möglichkeiten ergeben sich daraus für zivilgesellschaftliche Vernetzungen sowie eine demokratische Kontrolle von Politik und Wirtschaft,

und wie können diese Möglichkeiten genutzt werden?

4. Welche physisch-räumlichen ökologischen und landschaftlichen Auswirkungen bringt die zunehmende Digitalisierung mit sich? Diese bezieht ihre materiellen Ressourcen und Energie ja nach wie vor aus der analogen Welt. Das reicht vom Abbau von Rohstoffen über den Energiebedarf bis hin zur Frage der Entsorgung. In Deutschland sind insbesondere die räumlichen Auswirkungen der für digitale Prozesse erforderlichen Energieproduktion relevant, wobei v.a. die Rechenzentren und das Streaming von Filmen und Musik zu Buche schlagen. Weltweit beläuft sich der Strombedarf der Informations- und Kommunikationstechnologien derzeit auf ca. 10 Prozent des gesamten Strombedarfs, in Deutschland liegt diese Zahl bei ca. 8 Prozent, bis 2030 könnte sie auf 30 bis 50 Prozent ansteigen (Lange und Santarius 2018). Die Rohstoffe, darunter viele so genannte Konflikt-Rohstoffe, wie Coltan, Zinn, Wolfram oder Gold, werden in anderen Regionen der Erde abgebaut. Wenn der Landschaftsplanung in Deutschland jedoch nicht nur an „unseren“ Arten und Landschaften gelegen ist und sie auch eine globale Verantwortung wahrnehmen will, stellt sich noch eine ganze andere, wiederum gesellschaftspolitische, Aufgabe: Dann geht es – bei weitem nicht nur aufgrund der Digitalisierung – darum, sich aktiv in die Debatte über materielle Lebensstile, Ansprüche und Konsummuster sowie die sie prägenden ökonomischen und politischen Machtstrukturen einzubringen und zur Suche nach Alternativen für umweltschädigende Wirtschaftsweisen beizutragen. Auch dies ist nicht unmittelbar Aufgabe der Landschaftsplanung, geht weit über ihren rechtlich gesetzten Rahmen hinaus und kann nur ein Beitrag unter vielen sein. Damit böte sich aber die Chance, nicht nur die Symptome von Natur und Landschaftszerstörung zu adressieren – etwa in Form der Wahl möglichst umweltverträglicher Standorte für Eingriffe – sondern ebenso deren tieferliegende Ursachen, nämlich einen nicht nachhaltigen Lebensstil und ein damit verbundenes auf rein materielles Wachstum ausgerichtetes Wirtschaftssystem.

## Quellen / Literatur

Lange, S., Santarius, T. (2018): Smarte grüne Welt? Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit. München.

Süddeutsche Zeitung online (2018): „Wir brauchen mehr aufgeklärte Ignoranz“. Interview von Carlotta Cornelius mit Matthias Horx. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/interview-am-morgen-debattenkultur-wir-brauchen-mehr-aufgeklaerte-ignoranz-1.4133488>.  
Letzter Zugriff: 19.11.2018

## Kontakt

**Prof. Dr. Stefan Heiland**  
stefan.heiland@tu-berlin.de

[www.landschaft.tu-berlin.de](http://www.landschaft.tu-berlin.de)